

Fluchtpolitik

In Gefahr auch noch nach der Ankunft

Dokumentation zeigt Gefährdung Geflüchteter in Deutschland durch Polizeieinsätze

Von Peter Nowak 9.8.2022



Immer wieder demonstrieren Menschen in Deutschland gegen Polizeigewalt - hier in Mannheim.
Foto: dpa/Dieter Leder

Insgesamt 13 Schüsse gaben vier Polizeibeamte am 3. Oktober 2021 im niedersächsischen Harsefeld auf Kamal Ibrahim in dessen Unterkunft ab. Elf davon trafen den Geflüchteten. Doch niemand musste sich dafür vor Gericht verantworten. Die Staatsanwaltschaft Stade stellte die Ermittlungen gegen die Polizist*innen ein. Zur Begründung hieß es, alle Schüsse seien »für die angegriffenen Polizeibeamten als Notwehr und für einen aus der angrenzenden Küche schießenden Polizeibeamten als sog. Nothilfe gerechtfertigt« gewesen. Und weiter: »Es war den [Polizeibeamten](#) in der konkreten Situation nicht zuzumuten, den Angriff auf eine andere Weise abzuwehren.« Ob die Beamten wirklich in Gefahr waren, ist zweifelhaft, ebenso, ob Kamal Ibrahim sie wirklich angegriffen hat.

Obwohl wenige Tage nach seinem Tod in Stade rund 100 Menschen unter dem Motto [»Black Lives still Matter«](#) demonstrierten und Aufklärung forderten, ist sein Fall kaum bekannt. Doch in der aktuellen 29. Ausgabe der Dokumentation »Die bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen« wird die für Ibrahim tödliche Konfrontation mit den Polizisten und der Umgang der Ermittler damit ausführlich geschildert.

Die aktualisierte Recherche wurde am Dienstag online gestellt. Seit 29 Jahren wird sie von Aktivist*innen der Antirassistischen Initiative (ARI) in Berlin jährlich veröffentlicht. Elke Schmidt war von Anfang an dabei. Sie hat das Projekt 1993 mit einer Mitstreiterin gestartet. Damals hatte sich der Onkel eines verschwundenen tamilischen Flüchtlings an die ARI gewandt. Sie forschten nach und fanden heraus, dass der Mann mit acht anderen tamilischen Flüchtlingen beim Grenzübertritt in der Neiße an der deutsch-polnischen Grenze ertrunken war. Mit einem Filmteam machte die ARI den Fall öffentlich.

Seitdem sammelt die Gruppe in wechselnder Zusammensetzung Informationen über Todesfälle, Misshandlungen und Gewalt, die im Zusammenhang mit der deutschen Asylpolitik stehen. Nur durch Initiativen wie diese gibt es systematische Dokumentationen, die vielfach Unrecht sichtbar machen.